

Verweigert und Verspätet

NS-Verfolgte und ihr Kampf um Anerkennung und Entschädigungen

19. Tagung des Forum Justizgeschichte e.V.

22. bis 24. September 2017, Deutsche Richterakademie in Wustrau (Brandenburg)

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland markiert das Luxemburger Schuldenabkommen vom 10. September 1952 über die Zahlung von „Wiedergutmachung“ für die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden an Israel und die Jewish Claims Conference einen wichtigen Schritt hin zu internationaler Reputation. Zugleich fügt sich dieses Abkommen aber ein in eine Politik der Ausgrenzung anderer, die in der NS-Zeit unermesslich unter Verfolgung, Ausbeutung und Erniedrigung zu leiden hatten.

Im Kontrast dazu fiel es in den ersten Nachkriegsjahrzehnten nicht schwer, über den Lastenausgleich, die massenhafte Wiederverbeamtung von Funktionsträgern und andere Maßnahmen den Angehörigen der ehemaligen Volksgemeinschaft, den großen und kleinen Profiteur*innen des Raubkriegs, den Weg zu Demokratie und westlichen Werten zu ebneten.

Die Geschichte der (verweigerter) Anerkennung verschiedener Verfolgtengruppen ist seit mehr als sieben Jahrzehnten auch ein juristischer Kampf um Begriffe und Definitionen. Dabei spielt der Tod der Betroffenen durch Alter, Krankheit und Spätschäden den politisch Verantwortlichen in die Hände: Die meisten würden die offenen rechtlichen, politischen und moralischen Fragen am liebsten noch immer aussitzen. Zwangsarbeiter*innen, Zwangssterilisierte, Überlebende der Ghettos, Sinti und Roma, Deserteure, Kriegsdienstverweigerer, Kriegsgefangene, Menschen, deren Angehörige bei Massakern oder im Rahmen der „Euthanasie“ ermordet wurden, Homosexuelle, als „asozial“ Verfolgte und zahlreiche andere Gruppen, viele davon außerhalb Deutschlands, haben bis heute wenig oder nichts als Ausgleich für ihre Verfolgung erhalten.

Nicht-NS-spezifische-Verfolgung – Staatliche Ordnungsmaßnahme – Gewöhnliche Kriegsfolge – Allgemeine Kriegsschäden: So lauten einige der Begriffe, über die politisch und juristisch gestritten wird. Die Gerichte trugen und tragen ihren Teil zur fortgesetzten Diskriminierung bei.

Auf unserer Tagung wollen wir die juristischen Kämpfe um Anerkennung und die Strategien der Verdrängung seit 1945 in einem europäischen Kontext analysieren. Zugleich wollen wir diskutieren, welche Wege jenseits der klassischen Instrumente des Entschädigungsrechts beschritten werden können, um den hochbetagten Verfolgten und ihren Angehörigen eine – wenn auch viel zu späte – Anerkennung zu verschaffen: nicht nur symbolisch und politisch, sondern auch materiell und rechtlich.

Freitag, 22. September 2017

14:00–14:45 Uhr **Kaffee und Registrierung**

14:45–15:15 Uhr **Begrüßung und Einführung in das Tagungsprogramm**

Begriffe – Menschen – Verfahren

15:15–16:30 Uhr

Vortrag: Die allmähliche Wahrnehmung des Opfers – Der völkerrechtliche Rahmen

einzelstaatlicher Entschädigungsentscheidungen , Dr. Gerd Hankel (Hamburger Institut für Sozialforschung)

16:30–16:45 Uhr **Pause**

16:45–18:30 Uhr

Vortrag: Entstehungsgeschichte und Kontext der (Nicht-) Entschädigungen für NS-Verfolgte, Dr. Jost Rebutisch (Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V., Köln)

Kommentar: Dr. Cornelius Pawlita (Richter am Sozialgericht Gießen)

18:30 Uhr **Abendessen**

Diskriminierende Verwaltungspraxis und fortgesetzte Verfolgung – Erfahrungsberichte und Dokumentation

19:30–21:00 Uhr

Präsentation der Ausstellung des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand in Berlin e.V. Verfahren. „Wiedergutmachung“ im geteilten Berlin

Das zähe Ringen um vermeintlich angemessene Formen von Entschädigung und Rückerstattung erzählt von der Suche nach gangbaren Verfahren im Angesicht beispielloser Verbrechen und davon, wie mit den Opfern des Nationalsozialismus nach 1945 „verfahren“ wurde. Die Ausstellung blickt anhand von 27 exemplarischen Einzelfällen aus Ost- und West-Berlin auf die vielen Dimensionen der Verfahren zur „Wiedergutmachung“.

Kamingsgespräch mit Dr. Christine Fischer-Defoy (Kuratorin der Ausstellung, Berlin) und dem Zeitzeugen Horst L. (Münster)

Moderation: Anja Reuss (Berlin)

Samstag, 23. September 2017

Realitäten der Entschädigungspraxis

9:00–10:15 Uhr

Vortrag: Staatshaftung im bewaffneten Konflikt, Leander Beinlich (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg)

10:15–10:30 Uhr **Kaffeepause**

10:30–12:30 Uhr

Vortrag: Staatenimmunität als Argument – Die Rechtsprechung des Aeropag, IGH und des italienischen Corte Costituzionale, Rechtsanwältin Gabriele Heinecke (Hamburg)

Kommentar: PD Dr. Annette Weinke (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

12:30–14:00 Uhr **Mittagspause**

Die Kontinuität der Volksgemeinschaft

14:00–15:15 Uhr

Vortrag: Alles Opfer – keine Täter? – NS-Verfolgte und die Entschädigung der Mehrheitsgesellschaft in den 1950er Jahren, PD Dr. Thomas Henne (Goethe-Universität

Frankfurt am Main, Universität Luzern)

15:15–15:30 Uhr **Kaffeepause**

Verfolgung ohne Entschädigung? – Inländische „vergessene“ Verfolgtengruppen

15:30–17:00 Uhr

Vortrag: Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Geschädigte - Im Niemandsland zwischen Rechtsanspruch und gesellschaftlicher Anerkennung, Margret Hamm (Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Berlin)

Vortrag: Sinti und Roma – Opfer zweiter Klasse?, Ruhan Karakul (Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma, Heidelberg)

Individuelle Kämpfe – kollektives Vergessen. Verfolgte jenseits des Bundesentschädigungsgesetzes

17:00–18:00 Uhr

Vortrag: „AG Offene Entschädigungsfragen“ des Forum Justizgeschichte e.V., Rechtsanwalt Ingolf Spickschen (Salzgitter) und Michael Plöse (Humboldt-Universität zu Berlin)

Kommentar: Rechtsanwalt Jan Sürig (Bremen)

18:00–19:00 Uhr **Abendbrot**

19:00–21:00 Uhr Mitgliederversammlung

Sonntag, 24. September 2017

Handlungsbedarf und Handlungsspielräume

9:00–10:30 Uhr

Ghettorenten vor den Sozialgerichten: Podiumsdiskussion mit Ursula Scheurer (Richterin Sozialgericht Hamburg) und N.N.

Moderation: Dr. John Philipp Thurn (Sozialgericht Berlin)

10:30–10:45 **Kaffeepause**

10:45 bis 11:40 Uhr

Resolutionsentwurf der „AG Offene Entschädigungsfragen“ – Vorstellung und Diskussion

Fishbowl-Diskussion mit:

Margret Hamm (Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten, Berlin)

Ruhan Karakul (Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma, Heidelberg)

Dr. Jost Rebentisch (Bundesverband Information & Beratung für NS-Verfolgte e.V.)

Ralf Oberndörfer (AG Offene Entschädigungsfragen, Forum Justizgeschichte e.V.)

11:40–12:00 Uhr **Abschlussrunde**

12:00 Uhr **Mittagessen**

ab 13 Uhr **Abreise**

Der reguläre Tagungsbeitrag beträgt 180,- Euro.

Anmeldungen sind an info@forum-justizgeschichte.de zu richten.

Es besteht dank der Unterstützung durch ein Vereinsmitglied die Möglichkeit, ein Stipendium zu erhalten. Die Bewerbung darauf muss bis spätestens zum 8. September 2017 beim Forum Justizgeschichte eingehen. Der Wunsch nach einem Stipendium ist kurz zu begründen. Die Vergabe erfolgt entsprechend der zur Verfügung stehenden Mittel. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Das Stipendium umfasst die Teilnahmegebühren für zwei Übernachtungen und Verpflegung in Wustrau sowie bis zu 50% der Fahrtkosten bei einer Anreise mit der Bahncard 50. Stipendiat_innen aus Berlin erhalten keinen Fahrtkostenzuschuss. Das Forum begrüßt es, wenn eine Teilnahme in Wustrau die Stipendiat_innen ermuntert, sich längerfristig an der Arbeit des Forums zu beteiligen, die Mitarbeit im Forum Justizgeschichte ist jedoch keine Voraussetzung dafür, das Stipendium zu erhalten. Das Stipendium wird einmalig gewährt.